

Stadt Hamminkeln
Herrn Bürgermeister
Bernd Romanski
Brüner Straße 9

46499 Hamminkeln

FWI-Fraktion im Rat
der Stadt Hamminkeln
fraktion@fwi-hamminkeln.de

■

■

Ihre Zeichen und Nachricht vom

Mein Zeichen, bitte bei Antwort angeben
Antrag 4/2022

Datum
31.01.2022

Antrag zum Haushalt 2022 Aufstellung eines Konzeptes zum Haushaltsausgleich und zum Schuldenabbau

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Romanski,

hiermit bittet die FWI-Fraktion, den Antrag „Aufstellung eines Konzeptes zum Haushaltsausgleich und zum Schuldenabbau“ im Rahmen der Haushaltsberatungen zur Abstimmung zu stellen.

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass

- die Rekordverschuldung der Stadt Hamminkeln die zukünftigen Handlungsspielräume, insbesondere für die jüngere Generation in erheblichem Umfang mindert;
- ohne eine freiwillige Haushaltskonsolidierung zwingend ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen ist;
- bis zum Jahr 2024 ein Konsolidierungsvolumen in Höhe von ca. 2,5 Mio. €/jährlich realisiert werden muss;
- kleine Konsolidierungsmaßnahmen nicht weiterhelfen, sondern große Ausgaben bzw. Kostenblöcke in den Blick genommen werden müssen (Investitionen, Personalkosten, Kreis- und Jugendamtsumlage, Sachaufwendungen etc.).

Der Rat bekundet den festen Willen zum Schuldenabbau und zur Vermeidung einer Haushaltssicherung.

Um dem Verlust der politischen Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit entgegenzuwirken, stellt die Stadt Hamminkeln ein Konzept zum Haushaltsausgleich und zum Schuldenabbau auf.

Begründung:

Der Rat hat im Dezember 2012 einstimmig ein Leitbild „Hamminkeln 2030“ beschlossen (Vorlage Nr. 2021/0213). Die weitere Konsolidierung der Stadtfinanzen mit dem Ziel der Schuldenreduzierung war ein zentraler Bestandteil des beschlossenen Leitbildes („Wir bleiben auf dem Weg der Schuldentilgung“). Der verbleibende Schuldenstand sollte im Jahr 2030 10 Mio. € betragen!

Bis 2015 wurde der Konsolidierungskurs fortgesetzt. Danach ist aber eine gegenläufige Entwicklung zu beobachten. Die Schuldenspirale in Hamminkeln dreht sich trotz üppiger Steuereinnahmen in den letzten Jahren immer weiter nach oben in schwindelerregende Höhen. Der Schuldenberg geht stramm auf die 100 Mio. € zu, ein Ende ist nicht absehbar. Mit den Rekordschulden legt die Stadt Hamminkeln sich selbst und zukünftigen Generationen die Fesseln an.

Das gleiche betrifft auch die Entwicklung in den wichtigsten Aufwandsarten. Auch wenn sicherlich nicht alle Probleme (Stichwort Kreisumlage) hausgemacht sind, so gibt es keinen strategischen Ansatz, diese Entwicklung zu stoppen. Bisher wurde vornehmlich versucht, den Haushalt über die Einnahmeseite zu konsolidieren (mit erheblichen Belastungen für die Hamminkeler Bürgerinnen und Bürger). Bei der Grundsteuer liegt die Stadt Hamminkeln bekanntlich seit 2015 in der Spitzengruppe im Kreis Wesel.

Es reicht nicht aus, immer wieder in allgemeiner Form auf extern belastende Faktoren oder Ungerechtigkeiten hinzuweisen. Selbstverständlich brauchen wir auch eine auskömmliche Finanzierung durch Bund und Land, das ist unstrittig.

Es ist aber nicht zu erwarten, dass uns Bund und Land in Form von ausreichenden Zahlungen vor einer drohenden Haushaltssicherung bewahren werden. Hinzu kommen die Lasten der Corona-Pandemie. Hier sind alle Belastungen noch nicht einmal ansatzweise zusammengetragen. Auch sind die mittelfristigen wirtschaftlichen Auswirkungen auf Handel, Freizeit, Gastronomie etc. noch nicht bekannt. Alleine die Stadt Hamminkeln muss nach jetzigen Plandaten durch die Corona-Isolation von 20.000.000 € ab 2024 ca. 400.000 €/a mehr ausgleichen. Das bedeutet: mehr einnehmen oder weniger ausgeben.

Daher muss ein strategisches Haushaltskonsolidierungskonzept aufgestellt werden. Gegenüber der jüngeren Generation wäre es unverantwortlich, nicht eigene Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung und zum Schuldenabbau zu erarbeiten. Die FWI plädiert daher für die Erarbeitung eines freiwilligen Konsolidierungskonzeptes, das schnellstmöglich erarbeitet wird.

Aus strategischer Sicht müssen die großen Ausgaben- und Kostenblöcke angegangen werden, wie z. B. die Personalkosten, Sachaufwendungen, die Kreis- und Jugendamtsumlage, die Investitionen etc.

Die Entwicklung der Kreis- und Jugendamtsumlage belastet z. B. in erheblichem Umfang den städtischen Haushalt. Das Aufgabenspektrum des Kreises ist geprägt von Pflichtaufgaben, insbesondere im Jugend- und Sozialbereich. Gleichwohl bestehen auch hier Einflussmöglichkeiten und Alternativen.

Mit einem Konzept zur Reduzierung der Personalkosten lassen sich ebenfalls Kostensteigerungen begrenzen. Der erhebliche Personalaufbau seit 2015 passt nicht zu der in 2012 beschlossenen Strategie einer weiteren aufwandsseitigen Konsolidierung. Auch der Investitionsbereich muss kritisch in den Blick genommen werden.

Für ggf. notwendige externe Beratungsleistungen ist ein Betrag in Höhe von 15.000 € zu veranschlagen.

Weitere Begründungen erfolgen mündlich.

Mit freundlichem Gruß

gez. Martin Wente
Fraktionsvorsitzender